

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14-tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungprolet“, „Die Genossen“

Einzelnenpreis: Die 4spaltige Millimeterzeile ob. bez. Raum 2500 — M.  
Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Vereins- und Besam-  
mungsanzeigen 1000 M. Kleine Anzeigen per Wort 200 M. — Kellera-  
preis: Die Millimeterzeile 4spaltig ober bez. Raum im Jahr 15.000 M.

Dienstag, den 7. August 1923

Bezugspreis: Durch Vorabdruck 24.000 M. pro Woche. Durch Vor-  
abdruck pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für August, August  
Reaktion und Expedition Breslau, Zwickauerstr. 60. — Verlags-  
Breslau Nr. 210 607. — Druckerei: Breslau, Ringstr. 17.

## Der Dollar steigt — der Bucher steigt!

### Dollar über 2 Millionen / Unglaubliche Bucherpreise / Was ist zu tun?

Die Aufhebung der Devisenbeschränkung durch die jamaica-Regierung ist ein gesundes Zeichen für alle Spekulanten, Schieber und Wucherer, die Auslaugung der deutschen Bevölkerung bis ins Wahnsinnige zu steigern. Schon in den ersten Börsenstunden am gestrigen Tage erreichte der Dollar einen Stand von 1.700.000 Mark. Am 11. wurde der Dollar mit 1.654.000 Mark notiert. Er stieg aber nach Schluß der Börse weiter und erreichte einen Kurs von 2 Millionen. Heute sind die 2 Millionen schon weit überschritten. Für die österreichische Krone werden schon 25 Mark bezahlt, für das englische Pfund über 8 Millionen.

Unglaublich sind die Preissteigerungen, die mit sämtlichen Waren stündlich vorgenommen werden. Vielfach schließen die Lebensmittelgeschäfte und andere Geschäfte auf, einige Stunden angeblich wegen Reinigung. Das Pfund Margarine kostet in Breslau schon über 300.000 Mark, in Berlin ein St. 20.000 Mark, das Pf. 100.000 Mark. Doch sind diese Preise, wie die Zeitung im Druck erscheint, sicher noch überholt. Durch die Preissteigerungen sind natürlich sämtliche Lohnerhöhungen der letzten Wochen und Tage wieder völlig wertlos geworden.

Es ist kein Wunder, wenn in allen Teilen des Reiches die Arbeiterschaft sich spontan erhebt gegen die furchtbare Ausplünderung. Trotz des Hochdrucks, mit dem überall die Notendruckpressen laufen, wird die Knappheit an Zahlungsmitteln immer größer.

Durch das Fehlen einer einheitlichen Lohnbewegung der Gewerkschaften treibt die bittere Not vielfach die Arbeiterschaft den schärfsten Druck auf die einzelnen Unternehmer auszuüben. In Gallies kam es infolge Nichtzahlung der Löhne zu Ausschreitungen. Es wurden Bäckereien und Buchhandlungen geplündert. In Stettin kam es zu Steuerungsdenonstrationen. Die Bultanbesatzung forcierte sich, nachdem ihr die sofortige Auszahlung von 3 Millionen Mark pro Kopf von der Direktion abgelehnt worden war, zu einem Zuge, um in die Stadt zum Regierungsgebäude zu ziehen. Schanzpolizei, die auf Kraftwagen herbeieilte, probierte die Menge und löste diesen Zug sowie zwei andere Züge, die von der Arbeiterschaft der Riese-Donnerwerk und der Ostseewerk gebildet worden waren, auf. Zu ernstlichen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

In Dresden begannen gestern neue Kundgebungen auf dem Altmarkt. Die Menge versuchte, zum Hauptbahnhof zu ziehen, wurde jedoch durch die Schanzpolizei gehindert. Eine Anzahl von Personen wurden festgenommen.

Auf der Schachtanlage König Ludwig kam es am Sonntagabend zu erschütternden Ausschreitungen. Als die Morgensicht eingefahren war, fand gegen 9 Uhr eine Versammlung auf dem Schachtelplatz statt. Unter Drohungen wurde die einmalige Zahlung von 4 bis 5 Millionen Mark gefordert. Generaldirektor Hennenberg und ein anderes Mitglied der Verwaltung wurden sätzlich angegriffen und verletzt. Um dem Tumult ein Ende zu bereiten, zahlte die Schachtelverwaltung 30.000 (!) Mark pro Kopf am Mittag, wobei die Belegschaft wieder eintrat.

In Chemnitz fanden riesige Demonstrationen gegen die Bäcker und die Zurückhaltung von Margarine durch die Händler statt. In Zwickau fand eine Versammlung statt, die von 15.000 Metallarbeitern besucht wurde. Sie verlangen sofortige Lohnsteigerung.

In Berlin haben die Einzelhändler beschlossen, am Donnerstag die Geschäfte mit Ausnahme der Lebensmitteläden zu schließen und am Freitag 8-stündige Verkaufszeit einzuführen. Die Erregung der hungernden Massen wächst.

Was tut die Regierung? Ergreift sie Abwehrmaßnahmen? O Ja, sie erläßt einen Aufruf zu einem Verfassungstreffen am 11. August. Sie kündigt an, daß Theater und Zirkus geschlossen werden. Durch diesen Rummel soll der Hunger vertrieben werden!

Die Ereignisse der letzten Wochen, das Anstreben großer Menschenmassen vor den Kaufmannsläden, das Verenden der Markthallen, in denen ein Stand nach dem andern geschlossen wird, die völlig ungenügende Lebensmittelversorgung zeigen deutlich, wohin das Schiff geht. Es steuert einem Zusammenbruch entgegen, bei dem sich die hungernden Massen den Südländern des Kapitals entgegenstellen werden. Eine Schicht der Bourgeoisie will diesen Zusammenstoß erzwingen, will das Proletariat geschmettern, niedermeßeln, um ihre Ausbeutungsmethoden weiter fortzusetzen und zu verschärfen. Das sind die Orogagrarier, Zeile der süddeutschen Industrie, die den Bürgerkrieg unter allen Umständen provozieren wollen. Ein anderer Teil, von denen zu schweigen, die keine direkte Absichten haben, wünscht etwas anderes. Sie brauchen den Tod der Mark, um ihre Vereinigung mit den ausländischen Finanzgruppen eher bewerkstelligen zu können. Sie brauchen den Zusammenbruch, um das Eigentum des Reiches, seine Eisenbahnen, seine Wälder, Domänen und Bergwerke zu billigerem Geld aufkaufen zu können. Sie brauchen den Zusammenbruch, um mit fremden Bajonetten den deutschen Arbeiter niederzuzwingen, ihn zehn, zwanzig Stunden lang arbeiten zu lassen. Das sind die Stines, die Kruppe, die Zehlfen usw., die schon jetzt in offenem Lande derart die Verbindung mit den ausländischen Finanzgruppen bewerkstelligen.

Will die Arbeiterschaft nicht verhungern, will sie sich nicht den fremden Bajonetten wehrlos ausgeliefert haben, so muß sie unverzüglich zur Gegenmaßregel greifen. Sie muß die Lebensmittel beschlagnahmen und sie durch ihre Organe, Konsumgenossenschaften, Kontaktläuse, Betriebsräte usw. zur Verteilung bringen. Sie muß in der Ausbeutung mit dem Kapital die Produktionsmittel in ihren Besitz nehmen und die Produktion durch Betriebsräte und andere Arbeiterorgane nach dem Bedarf des Volkes regeln.

### Streik der Angestellten der Berliner Metallindustrie

Berlin, 7. August  
Da die gestrigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Gehaltsdifferenzen zwischen den Berliner Metallindustriellen und den Angestellten zu keiner Verständigung führten, werden laut Morgenblätter die Angestellten in der Berliner Metallindustrie heute früh in den Streik treten. Den Angestellten wurde von den Metallarbeitern vollste Solidarität zugesichert. Ferner haben auch die leitenden Angestellten gestern den Streik proklamiert.

### Lohnarbeiterstreik in der Provinz Brandenburg

Der am 26. Juli im Kreis Soltau ausgebrochene Lohnarbeiterstreik nimmt immer härtere Formen an. Bis jetzt haben auf etwa 150 Gütern ungefähr 1000 Lohnarbeiter im

Streik. Der Regierungspräsident hat die Einstellung der technischen Mithilfe angeordnet. Trotz der Not der Lohnarbeiter ließ er sich nicht dazu bewegen, die Orogagrarier zur Zahlung höherer Löhne zu veranlassen.

### Oberschlesien vor einer Hungerkatastrophe

Das „Vollblatt“ berichtet:  
Im deutsch-oberschlesischen Industriegebiet haben sich in den letzten Tagen auf dem Lebensmittelmarkt Zustände herausgebildet, die geradezu unhaltbar geworden sind und die, wenn sie nicht sofort abgestellt werden, verhängnisvolle Folgen haben müssen. In fast allen größeren Industriegebieten sind die Lebensmittelgeschäfte geschlossen, Kartoffeln, Fleisch, Gemüse, Fett, ja selbst Brot sind entweder gar nicht, oder nur in unzulänglicher Menge zu haben. Die verantwortlichen Kreise sehen scheinbar diesen unerhörten Zuständen ruhig zu. Sie werden erst wieder auf dem Plan erscheinen, wenn es zu spät und die hungernde Arbeiterschaft zu Verzweiflungsthaten getrieben worden ist. Der Handel scheint vollständig zu verlagern und es ist deshalb die Pflicht, daß entweder die Kommünen oder die Arbeitgeber die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in die Hand nehmen.

Die Gewerkschaften aller Richtungen, die sich gestern in einer längeren Verhandlung mit diesen Zuständen befaßten, haben sich in einer Eingabe an den Regierungspräsidenten gewandt und sofortige Abhilfe bezugnehmend auf die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern unter Hinzuziehung des Arbeitgeberverbandes gefordert.

Sollte die Regierung nicht sofort durchgehende Maßnahmen treffen, dann werden die Gewerkschaften in großen Massenversammlungen zur Lage Stellung nehmen.

Die oberschlesischen Arbeiter stehen vor geschlossenen Türen, können für ihre Papierlampen nicht einmal ranzige Margarine und Kartoffeln kaufen und hungern. Was tun die Gewerkschaften? Sie verhandeln und beschließen eine Eingabe zu machen. Falls die Eingabe keinen Erfolg hat, dann wollen die Gewerkschaften Massenversammlungen einberufen und zur Lage Stellung nehmen. Ja, unsere Gewerkschaftsführer haben Ruhe.

Die in den Häuten und Gruben bis zur vollkommener Erschöpfung ausgebeuteten Proletarier aber haben die ewigen, fruchtlosen Eingaben satt. Sie verlangen sofortige Beschaffung der Lebensmittel und ihre Verteilung durch die Kommünen. Sollten die Gemeinden hierzu unfähig sein, so müssen die Kontrollausschüsse diese Arbeit übernehmen.

### Schubprobotation gegen Arbeiterportier

Die Berliner Polizei wollte am Sonntag den Arbeitern eine Schlacht liefern. Auf dem Wege zum Stadion wurden ruhig ihres Weges marschierende Arbeiterportier von Massen ausgehobten der Sipo mit aufgezantem Seitengewehr und entschärften Revolvern angehalten. Nur der eiserne Disziplin der Sportgenossen ist es zu danken, daß die von dem Sozialdemokraten Richter gegen sie mobilisierten Hundertschaften nicht in Blut waten konnten, wie es sicherlich beabsichtigt war.

Die sozialdemokratischen Führer sind reif für die Große Koalition. Die Severing und Richter bemühen sich krampfhaft, den Befähigungsnachweis für die Aufgaben, die ihnen ein Bündnis mit Stines stellt, zu erbringen. Die sozialdemokratischen Führer sehen das Elend der Massen und schließen Bajonette und Revolver tragende Polizei gegen die Hungernden. Und nicht nur das, wo der Hunger die Arbeiter auf die Straße treibt, sondern wo Arbeiter für ein paar Erholungshunden zusammenkommen wollen, werden sie mit Säbelhieben und Kolbenköfen auseinandergejagt.

### Bürgerkrieg?

#### Welche nächsten Ziele muß sich die Arbeiterschaft im Bürgerkrieg stellen?

A. Th. Daß der Bürgerkrieg in Deutschland unvermeidlich ist, ist keine Frage mehr, es sei denn, die Arbeiterklasse wolle sich widerstandslos den legalen und illegalen Kampforganisationen des Bürgertums unterwerfen. Nicht einmal für die gegenwärtigen bürgerlichen Regierungen ist dies eine Frage, der Cuno-Regierung im Reich, der Severing'schen in Preußen ist das in Wirklichkeit fraglich, obwohl beide der Welt verkündet haben, daß sie mit leichter Mühe die Extreme rechts und links im Schach halten und den Bürgerkrieg so im Keime ersticken werden. Denn es ist bereits ein „Neuengheimnis“, wie die Engländer sagen, daß die Cuno-Regierung durch ihren Herrn Seekt im engsten Kartellverhältnis mit den schizistischen Kampforganisationen steht, der sie selber organisiert, bewaffnet und militärisch ausbildet. Die Lösung „Gegen den Bürgerkrieg“ ist eben nötig, um Herrn Seering und der Sozialdemokratie das Stichwort zu geben, mit dem sie ihre Rolle im Spiel ausüben können — die Einschärfung und Demoralisation der Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie weiß, daß die Lösung „Gegen den Bürgerkrieg“ ein gegen die Arbeiterklasse gerichteter Manöver ist; wenn sie dennoch dies Stichwort aufgreift, um für das Bürgertum loszulegen Vorgesetzte zu liefern, so kann sie dafür keineswegs irgendwelchen guten Glaubens beanspruchen.

Wenn die Dinge so stehen, so ist die nächste Aufgabe der Arbeiterklasse, alle Vorbereitungen zu treffen, um den Gegner zu schlagen, d. h. ihn zu vernichten. Ueber die erforderlichen organisatorischen und technischen Vorbereitungen hat die kommunistische Partei in ihrem letzten Aufruf klar gesprochen.

Dagegen ist es noch nötig, daß die Partei jetzt schon mit eben solcher Klarheit ausspricht, welche nächsten Ziele sich die Arbeiterklasse im Bürgerkrieg stellen muß. Das ist nicht erst eine Frage des Tages „nach dem Siege“. Es gehört mit zur politischen Vorbereitung der Arbeiterklasse zu vereinigen und alle Kräfte aus den unteren Mittelschichten an sie heranzuziehen, die heranzuziehen sind. Es ist weiter klar, daß die Arbeiterklasse die politischen und sozialen Früchte ihres Sieges sich nur sichern kann unter der Bedingung, daß sie oder mindestens ihre führende Partei vor vornherein vollkommen klar ist über das Mindestmaß, von politischen Zielen, das erreicht werden muß, um die im Kampf belegten Stellungen zu sichern und die Stellung des Gegners zu schleifen.

Selbstverständlich ist die bloße Verteidigung der (bürgerlichen) Republik kein Ziel. Dem „Vorwärts“ (Nr. 162 vom 15. Juli 1923) gebührt das Verdienst, daß er klar ausgesprochen hat, daß eben dies, die Verteidigung der bürgerlichen Republik — kein Ziel ist.

„Die Sozialdemokratie hat keine Ziele, die sie im Bürgerkrieg erreichen kann. Denn mit Gewalt können nur Staatsformen umgestürzt, nicht Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen geändert werden. Zur republikanisch-demokratischen Staatsform steht die Sozialdemokratie im Verhältnis des Verteidigers, nicht des Angreifers.“  
Jeder denkende Arbeiter wird von selber die Folgerung ziehen, die sich daraus ergibt, daß die Sozialdemokratie den Sieg der Arbeiterklasse nicht will. Denn siegen heißt die



Machtstellungen des Gegners zerstören, und das heißt, wiederum, zu den eigenen Machtstellungen neue hinzugewinnen. Um zu liegen, muß man bereit sein, aus der Verteidigung zum Angriff vorzugehen. Das ändert selbstverständlich nichts daran, daß die Arbeiterklasse den Kampf in der Verteidigung beginnt.

Die Angriffsziele des Gegners sind bekannt. Durchführung des Stinnesprogramms (Besetzung des Achsenbundes, Aneignung der Staatsbetriebe durch das Privatkapital, Zerstörung der Organisationen der Arbeiterklasse und des noch von ihr gehaltenen Postulats der Betriebsräte, des Koalitions- und Streikrechts, sowie der demokratischen Rechte; kurz, offene militärische Unterwerfung der Arbeiterklasse).

Die Ziele der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg ergeben sich einfach aus den Notwendigkeiten der erfolgreichen Verteidigung, aus der tatsächlichen Lage und der vorhandenen Stärke der Arbeiterklasse in diese Lage. Diese nächsten Ziele müssen die Arbeiterklasse einen Schritt weiterführen, aber sie dürfen zunächst auch nur einen Schritt weitergehen, den der aktuellste Teil der Arbeiterklasse bereits vor dem Kampf, das Groß im Kampf als notwendig erkannt.

Die ersten Schritte, die sich unmittelbar als notwendig ergeben, um dem Sieg der Arbeiterklasse im Bürgerkrieg Dauer zu verleihen und die Reorganisation des Gegners zu verhindern, müssen die folgenden sein: Die Verwandlung der zu schließigen Bewaffnung und Ueberführung der Arbeiterklasse im Kampf in eine durchgängige, systematische Bildung einer roten Garde als aktive Truppe, einer roten Miliz als Reserve. Grundprinzip ist die proletarische Klassenstruktur, innerhalb deren die Führung die KPD in der Hand haben muß, und der sich Elemente aus anderen Schichten und Kampfverbänden einzugliedern haben.

Die notwendige systematische Entwaffnung des Gegners, die Auflösung seiner Kadern, die Abschmürung von seinen Klassenreserven garantiert nur eine bewaffnete Macht von streng proletarischer Klassenstruktur. Militärische Fachleute, Mannschaften aus den Mittelschichten kann dieser Rahmen sehr wohl aufnehmen, immer unter der Bedingung der proletarischen Führung.

Rein als Verteidigungsmaßregel, um dem Gegner die finanziellen Reserven und damit die Mittel der Reorganisation abzuschneiden, ergibt sich die Notwendigkeit der Erfassung der Sachwerte mindestens über die Hälfte und die Produktionskontrolle durch die Klassenorgane der Arbeiterklasse.

Aber diese Maßregel ergibt sich ebenso zwingend aus der Notwendigkeit, die breiten Massen zu entlasten und den ersten, sofort ausführbaren Schritt in der Richtung zur planmäßigen sozialistischen Wirtschaft zu tun.

Weitere Kampfmaßregel: Die unmittelbare Versorgung der proletarischen Schichten und der mit ihnen kämpfenden mit Lebensmitteln aus den Borräten der Großbourgeoisie, sofortige Zuteilung von Großgrundbesitzern, den landarmen Bauern und Halbbauern, Uebergabe der Bewirtschaftung der jüngerlichen Güter an die Landarbeiter.

Die bürgerliche Demokratie wird auf der Spitze proletarischer Bajonette sich etwas unbehaglich vornehmen und daher gut tun, sich etwas zu „verändern“. Es ist sonnenklar, die Abwehr eines Angriffes in der Richtung einer vollkommenen kapitalistischen (faschistischen) Diktatur kann nur bestehen in mindestens einem Schritt in der Richtung der proletarischen Diktatur.

Die bestimmte Natur dieses Schrittes ergibt sich aus der Klassenkampfslage. Die auf die bewaffnete Arbeiterklasse stützenden Betriebsräte (Arbeiterräte) werden von selber die leitenden politischen Organe. Die Parlamente werden sich ihnen, die die wertvolle Bevölkerung in ganz anderer, detaillierter Weise vertreten als Parlamente, untergeben haben. Wenn nicht, wird es Konflikt geben, die auf verschiedene Arten zu lösen sind (auch ohne sofortige Bekämpfung des Parlaments). Wie das wird sehr von der Haltung der Parlamente gegenüber der Arbeiterklasse und ihren Organen abhängen.

Es ist weiter klar, daß die obere reaktionäre Bürokratie, die Organisation der Konterrevolution, sofort bekämpft werden muß. Ein Vebündnis zwischen proletarischen Klassenorganen und bürokratischen Organen ist aber unmöglich. Also muß die untere und mittlere Bürokratie in die proletarischen Klassenorgane der Selbstverwaltung eingegliedert werden.

Was wir hier besprochen haben, ist nichts anderes als die Arbeiter- und Bauernregierung. Parteimäßig betrachtet, wird sie eine Koalition aller Arbeiterparteien und Mittelstufenorganisationen sein, die am Kampf der Arbeiterklasse teilgenommen haben werden. Die Führung wird naturgemäß der Partei zufallen, die den Kampf selber geführt hat.

Diese Arbeiterregierung benötigt noch einige Formen der bürgerlichen Demokratie, aber sie muß sie durchwegs mit proletarischen Klassenmacht ausüben. Sie wird militärisch auf-

treten müssen und dabei Schritt für Schritt alten Mythen loswerden.

Ueber die auswärtige Politik, insbesondere die Wiedergutmachungsfrage einer deutschen Arbeiterregierung, ist das nötige bereits wiederholt hier gesagt worden.

## Zugung des Zentralausschusses der KPD.

Die kommunistische Internationale ist ein Faktor der gesamten internationalen Politik geworden. Keine beständige Erscheinung mehr für das internationale Kapital. Die nationale Politik in den verschiedenen Ländern, ganz hervorragend in Deutschland, wird in wachsender Maße von der Haltung der KPD beeinflusst. In den breiten Massen des werktätigen Volkes gilt die KPD heute schon in ihrer ideologischen Einstellung noch als einzige Hoffnung. Schnell wachsen aber auch die Gruppen, die in klarer Erkenntnis der revolutionären Notwendigkeit sich um die KPD klären.

In dieser Situation bekommt die Zugung der offiziellen Parteivertréterschaft erhöhte Bedeutung. Diese Bedeutung ist dem Bewußtsein der Mitgliedschaft zum Ausdruck gekommen. In der Beschlüßung des jetzt in Berlin tagenden Zentralausschusses. Als der Ausschuss am Sonntagmorgen kurz nach 10 Uhr die Tagesordnung aufstellte, waren 63 stimmberechtigte und 123 nichtstimmberechtigte Parteimitglieder anwesend; unter den letzteren 10 ausländische Vertreter der KPD.

Die Beratungen begannen mit einem Referat des Genossen Böttcher über die Verhandlungen der erweiterten Exekutivkommission der verschiedenen Probleme, die sich hineinstellen in die Gesamtfrage des revolutionären Vormarsches. Danach hat die

internationale Kapitaloffensive sich zweifellos erheblich verschärft. Die revolutionäre Situation aus dem Jahre 1919 ist abgeklungen. Zu dem wirtschaftlichen Vormarsch des Kapitals kam als politisches Instrument die faschistische Bewegung. Sie hat Anhänger gefunden bis in die Kreise der Arbeiter hinein. Unter Berücksichtigung aller Umstände kam die Exekutive zu dem Ergebnis, daß große soziale Erschütterungen im Weltmaßstab durchaus möglich und nationale kapitalistische Konflikte höchst wahrscheinlich sind. Die pazifistische Bewegung ist völlig einflusslos. Der Vorstoß Englands gegen Rußlands zeigt erneut klar, daß die Interventionsgefahr immer noch akut ist, und daß das internationale Kapital die Hoffnung noch nicht vollständig ausgegeben hat, den einzigen in der Welt bestehenden Arbeiterstaat niederzurufen. Sowjetrußland hat den englischen Anschlag abgewehrt. Die revolutionäre Entwicklung in den Westländern ist mitbestimmend für die Erschaffung der Arbeiterrepublik als Stützpunkt der revolutionären Bewegung in der ganzen Welt.

Die sozialistischen Parteien sind zu bedingungslosen Helfershelfern der herrschenden kapitalistischen Eliten hinabgefallen. Bei den deutschen Sozialisten herrscht der Wille vor, das Stinnesprogramm zu verwirklichen. Das Kapital versucht das revolutionäre Proletariat zu vorzeitigem Loslösen aufzupuffen. Die KPD hat aus den Erfahrungen gelernt; sie wird selbst die Stunde der entscheidenden Auseinandersetzung bestimmen.

Beispiellos ist das Wachstum der kommunistischen Internationale in der letzten Periode. Die KPD ist eine Weltmassenpartei geworden. Die kommunistische Internationale hat bereits begonnen, die 2. Internationale auch organisatorisch zu überwinden. Die taktische Linie, die in Deutschland im Einklang mit den Beschlüssen des 4. Kongresses eingehalten worden ist, hat sich als durchaus richtig und notwendig erwiesen. Die Taktik der Einheitsfront hat praktische Bedeutung bekommen, und sie greift hinüber auf das gewerkschaftliche Gebiet.

Gegen die Parole der Arbeiter- und Bauernregierung wurden in der Exekutivkommission Bedenken laut, die hauptsächlich von italienischen, französischen Genossen unterstützt wurden. Die Genossen dürfen nicht übersehen, daß die Voraussetzungen des Kampfes für die Arbeiterregierung revolutionärer Natur sein müssen, daher der Kampf für die Arbeiterregierung in der Linie der revolutionären Entwicklung liegt. Bei der Frage der Erweiterung der Parole — Bauernregierung — darf man nicht von einzelnen Infolen und besonderen Erscheinungen ausgehen, sondern man muß die soziale Lage des Kleinbauern und Pächters in ihrer historischen Entwicklung zugrunde legen. Wenn das geschieht, dann ist die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ kein Schwanz, sondern der praktische Ausdruck der revolutionären Situation und Bedingtheit. Auch in der Frage der Nation und der nationalen taktischen Linie sind Bedenken laut geworden und haben vielfach ein Jögern, aber auch ein Ueberhören nach der falschen Seite heranzutreiben lassen.

Für uns ist die nationale Frage keine Frage der Zusammenarbeit mit dem Bürgertum, sondern eine Frage des Klassenkampfes.

Die Anwendung der Taktik, die in den einzelnen Ländern allerdings noch zu wünschen übrig

läßt, hat das Kräfteverhältnis der Parteien ganz unzweifelhaft zugunsten der Kommunisten außerordentlich verschoben. Die ideologische Umstellung in den Kreisen der ehemals reformistischen Gewerkschafter und Sozialdemokraten zeigt sich sehr deutlich. Sie kommt zum Ausdruck in dem starken Zufluß, der die kommunistische Bewegung verstärkt; sie kommt zum Ausdruck in einer Reihe von Wahlen. Aber nicht nur in den reformistischen Kreisen hat die KPD mit ihrer taktischen Haltung propagandistisch gewirkt, die Taktik hat auch die Bewegung in die faschistische Bewegung hineingetragen und den Zufluß zum Faschismus ganz energisch unterbunden. Aufgabe der Partei ist, den Beschlüssen der erweiterten Exekutive konkreter Inhalt zu geben. (Beschl.)

In der anschließenden Diskussion unterstrich Maslow die Bedenken gegen die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“, während Genosse Thalheimer die Beschlüsse der Exekutive und die bisher eingehaltene taktische Linie in ihrer Gesamtheit unbedingt verteidigte. Denselben Standpunkt nahm der Genosse Jörns ein, der als Vertreter der deutschen Partei seit einem halben Jahre in der Exekutive arbeitet und als deren Vertreter an den Verhandlungen des Parteiausschusses teilnimmt.

Die Diskussion wird dann abgebrochen; sie soll verbunden werden mit der zu dem Referat über die weltpolitische Lage. Zu der von der Zentrale vorgelegten Resolution zu dem ersten Punkt der Tagesordnung liegen zwei Änderungsanträge vor. Die Abstimmung wird ausgesetzt.

Die Nachmittags Sitzung begann mit einem Referat Brandlers über die politische Lage. (Fortf. folgt.)

## Der Kampf an der Ruhr Begonnte beschlagnahmt

Nach einer Pariser Havasmeldung hat General Degoutte eine Verordnung über die Beschlagnahme von Industriebetrieben erlassen:

1. Wenn das Deutsche Reich die ihm auf Grund des Abschnitts 8 des Friedensvertrages und der späterhin getroffenen Abmachungen auferlegten Verpflichtungen über die Lieferung von Brennstoffen nicht ausführt, und die regelmäßige Ausbeutung nicht zuläßt, kann die internationalisierte Ingenieurkommission, falls Deutschland die Produktionslieferung verweigert oder sich außerstande erklärt, sie zu leisten, von dem Gruben und den ihnen angeschlossenen Werken Besitz ergreifen, desgleichen von Rohstoffen und Borräten. Die Gruben und Werke können dann von ihr selbst oder durch die Vermittlung von Konzessionärs betrieben werden. 2. Die Befreiung der Abfuhr und Transportkosten für die Lieferungen gehen zu Lasten der Deutschen Regierung.

In Artikel 3 der Verordnung wird der Kontrollkommission das Recht zum Verkauf der beschlagnahmten Materialien gegeben. Artikel 4 bedroht Sabotage mit Gefängnis bis zu 20 Jahren, eventuell mit dem Tode. An Stelle der deutschen Bergpolizei tritt die internationalisierte Kommission.

Degoutte will mit dieser Verordnung den passiven Widerstand der Arbeiter brechen. Er will sie zwingen, unter französischer Regie zu arbeiten. Folgen sie nicht, dann droht ihnen Ausweisung.

### Der Hungerstreik geht weiter

Zusammen mit Degoutte mütet die deutsche Bourgeoisie gegen das Ruhrproletariat. Selbst nach bürgerlichen Meldungen geht der Streik und die passive Resistenz weiter. Kartoffeln und Fett fehlen. Der blinde Hunger ist da. Die Löhne werden nicht bezahlt.

Die Belegschaft der Prosper-Schächte in Bottrop fordert in einem bis gestern befristeten Ultimatum einen Vorstoß von 5 Millionen Mark.

Die Belegschaft der Zeche Wiese in Essen ist in den Streik getreten. Sie fordert eine Lebensmittelzulage von 5 Millionen.

### Verhängnisvoller Belagerungszustand über Düsseldorf

Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, sind dort am Sonntagabend während der französischen Bagarre durch Explosion von Handgranaten vier französische Soldaten und drei Zivilisten mehr oder weniger schwer verletzt worden. Aus diesem Anlaß hat die Besatzungsbehörde den Chef der kommunalen Polizei verhaftet; außerdem wurde über Düsseldorf der verhängnisvolle Belagerungszustand verhängt. Weiteren Sanftionen gegen die Stadt Düsseldorf sollen bevorstehen.

### Ein neues Todesurteil der belgischen Exekutive

Im Prozeß Straß verurteilte der Gerichtshof folgendes Urteil: Leunant Reinhardt und die Gendarmen Riehl und Klein werden zum Tode verurteilt. Grabert, der in erster Instanz zum Tode verurteilt worden war, zu zwanjg Jahren Zwangsarbeit, ebenso Dercken, Döhlmann wird zu 15 Jahren Zwangsarbeit, Glans und Kovad zu je drei

Jahren Gefängnis verurteilt. Frau Beckmann, die flüchtig war, erhielt wiederum fünf Jahre Zuchthaus.

Der Vorstehende empfahl den zum Tode Verurteilten, ein Gnadengesuch an den König der Belgier einzureichen.

## Reichsexekutive gegen Sachsen

Herr Cuno, der fast noch Reichskanzler, hat wie wir gestern berichteten, der sächsischen Regierung auf ihre Anfrage geantwortet, warum er in seinem bekannten „Bürgerkriegs-Erlass“ Drohungen gegen Sachsen und Thüringen gerichtet habe.

Er droht mit der Reichsexekutive „zum Schutz der Staatsordnung und Verfassung“. Und das mag der Reichskanzler auszusprechen, der von der Gnade des rebellischen Bayerns lebt, der mit Rohbach den Händedruck getauscht und dessen Beamte dem Erbarch ungehindert das Gefängnis öffnet! Und diesen Kanzler hält die Sozialdemokratie noch unmittelbar vor dem Abstrich!

Wie ernst die Gefahr ist, geht aus einer Rede Sellmuth von Gerlach hervor, der in Hamburg ausführte:

„Um so größere Bedeutung bekommt die rote Barriere Sachsens und Thüringens, die eine Gefahr gegen die Ausbreitung der antirepublikanischen Bestrebungen von Bayern her bildet. Es ist eine Tatsache, daß im Schoße der Reichsbehörden Erwägungen über eine Exekutive gegen Sachsen und Thüringen stattgefunden haben, während man mit respektvollem Wohlwollen über die Vorgänge in der „Ordnungszelle“ hinweggeht.“

Dazu bemerkt die Korrespondenz Paul Gerlach: Diese Mitteilung, die uns auch von anderer Seite zugegangen ist, ist so bedeutsam, daß nicht mit einer bloßen Handbewegung über die Sache hinweggegangen werden kann, um so mehr, als auch das Verdict im Umfange ist, die Regierung habe sich mit dem Gedanken getragen, Pressejournale und Schulfach wieder einzuführen... Die Stellung der Regierung Cuno gegen Sachsen und Thüringen ist keine sozial-angenehme. Sie geht das ganze deutsche Volk an, das sich mit den sächsisch-thüringischen Arbeitern auf Gehalt und Verdienst verbunden fühlt, und nicht dulden wird und nicht dulden darf, daß diese Front heimtlich gemischt wird.“

Das ist vollkommen richtig. Aber gerade deshalb ist es verhängnisvoll, wenn die Belgier-Regierung von vornherein erklärt, sie werde von einer Reichsexekutive glatt die Segel streichen. Der sächsische Innenminister Liebmam hat das unumwunden in seiner Antwort an die KPD ausgesprochen. Cuno mag sich sagen lassen, daß die Reichsexekutive gegen Sachsen und Thüringen den Bürgerkrieg bedeutet. Und die Regierung Zeigner wird begreifen lernen, daß die sächsischen Arbeiter ihr nicht das Vertrauen geschenkt haben, damit sie vor der Reichswehr des Herrn Seidl kapituliert.

Die kommunistische Partei hatte der Regierung Zeigner eine Reihe von Forderungen gestellt und vom Ministerpräsidenten eindeutige Erklärungen zur Koalitionsfrage, Bildung des Roten Blocks, Reinigung der Verwaltung usw. gestellt. Die Antwort Zeigners zeigt deutlich, daß sich die sächsische Regierung als Organ der kapitalistischen Ordnung fühlt und ihr eigenes Programm verweigert. Am selben Tage wo die Regierung Zeigner ihre privatkapitalistische Ordnung wahrnehmen wollte, rollt sie selbst vor der sächsischen Arbeiterklasse die Frage ihrer weiteren Existenz auf. Einen Vorgeschmack von der selbständigen Entscheidung der sächsischen Regierung hat die Arbeiterklasse schon jetzt durch die Verschlebung von Schiffs nach Jowitzau bekommen. Das ist eine unverheilte Wunde gegen das Proletariat, die noch ihre Konsequenzen haben wird.

## Interpellation der Thüringer KPD

Die kommunistische Fraktion im Thüringer Landtag hat an die Thüringer Regierung eine Ansprache gerichtet, in der sie nach Aufzählung der bekannten proletarischen Forderungen die Regierung um Auskunft ersucht, ob sie bereit ist, von der Reichsregierung ein sofortiges Verbot aller faschistischen Organisationen und die Säuberung der Reichswehr von allen faschistischen Elementen zu fordern. Es heißt dann weiter:

„Ob die Regierung gemillt, die unerschämten Drohungen des Faschistenkanzlers Cuno gegen Thüringen mit der gebührenden Schärfe und Energie öffentlich zurückzuweisen?“

Zum Schluß wird dann gefragt, welche Zugeständnisse die Thüringer Regierung anlässlich des Antifaschistentages der Cuno-Regierung gemacht habe und ob die Regierung gewillt sei, im engsten Zusammenwirken mit Sachsen auch für Thüringen Kontrollausschüsse und proletarische Abwehrhundertchaften zuzulassen.

## Proletarische Selbsthilfe

Trotz proletarischer Antis- und Kreislaufmannschaft ist in Umgegend Leipzigs eine Hochburg der Faschisten. Jungst fand in Orschleben eine Zusammenkunft des Jungdeutschen Ordens statt. Sie wurde von einer proletarischen Hundertschaft überrascht und entmännlicht. Schlägringe usw. wurden beschlagnahmt. Die Selbsthilfe der Arbeiter hat große Begeisterung in Leipzig und Umgegend geweckt.

Gemeinderatswahlen in Mühlhausen. In diesem Ort, wo die Kommunisten bisher noch keine Sitz hatten, erhielten wir bei den letzten Wahlen 3 Vertreter. Von den übrigen Parteien wurden gewählt: SPD 7, Bürgerblock 6 und die Kriegsinvaliden und Beamten 1 Vertreter.







Wunden der Landarbeiter erfolgreich aufgemengt...  
Hier zeigt sich der christliche Margarineverband in seiner ganzen Größe...  
Nicht wenig mit einer Niederlage der Landarbeiter...  
Dieser von den Unternehmern...  
zur Agitation benutzt werden...  
Mittwoch...  
Arbeitser und Klassen...  
Gernsdorf u. S.  
Der Eier und das rote...  
Arbeitser und Genossen...  
Brennerei...

„Inspelnigen“ Krause über die Drehbank...  
Nicht besten und bitten,  
Nur müßig geirriten,  
Nur kämpft es sich schlecht  
Um Freiheit und Recht!  
Im Arbeiter.

**Betriebsräte-Konferenz**  
Freitag, den 10. August, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Edelstein“ in Waldenburg eine Konferenz aller kommunalistischen Betriebsräte statt...  
Referent: Genosse Lanus vom Reichsausschuß der Betriebsräte.

**Peterswaldau**  
Proletarische Solidarität. Große Opferwilligkeit zeigten die Textilarbeiter von Peterswaldau...  
Hindenburg  
Aus der Partei. Alle Funktionäre...  
Genossen der Ortsgruppe Hindenburg...  
Mittwoch, den 8. August, nachmittags 7 Uhr...

**Betrieb / Gewerkschaft**  
Hungerlöhne in der Breslauer Wäfertextilkonfektion...  
Der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband...  
Bezeichnend für die Arbeitnehmerverbände...  
Der Bekleidungsarbeiterverband Breslau...  
Ein weiterer Hungerlohnvertrag...  
Auch in der Damenkonfektion...

besteht nur das eine Betreiben...  
Besteuhungs-Arbeiter-Verband Breslau.

**Parteiaufbau**  
In alle Kreisblätter!  
Die Koalitionspolitik...  
Welche Rettungsmittel stellt die kapitalistische Regierung...

**Rote Landwoche**  
Diese Situation muß von unseren Genossen auf dem Lande zu einer unvollständigen Agitation...  
Bereitschaft für den gesamten redaktionsellen Teil...

**Berichtungs-Kalender**  
Alle Zede unter dieser Aufschrift...  
**KPD**...  
**KJD**...

**Gewerkschaften**  
Der Gaspreis  
**Stene**  
**Karl Kionka**  
**Wally Raschke**  
**Einen neuen Leler, Genosse!**

**Schauspielhaus**  
**Zeltgarten**  
**Odor-Lichtspiele**  
Von Dienstag bis Donnerstag!

**Matthias-Kino**  
Nur 3 Tage!  
**Lya Mara**  
Das **Diadem** des **Zaren**  
**Gebräuchtes**

**Achtung! Parteigenossen!**  
**Maler-Arbeiten** führt billig aus  
**Kampa** Burgstr. 5 III  
**Herren-Artikel**  
**H. Selcher** Gartenstraße 77  
**Futterreste** und zähle die höchsten Preise  
**Tuchhaus G. Herzberg** Größhener Str. 19 - 21

Der Produzent-Garten  
Brigittenthal 10  
kauf zu höchsten Tagespreisen  
**Alteisen Lampa**  
**Metalle und Schneidwaren**  
**W. Metzger**  
**Waldesgraben**

**HUGO FEIG / Manufaktur, Tücher u. Plaids**  
**GLEWITZ - Nikolaistraße 29**